



NEWSLETTER

Christian Piwarz

Juni 2017

Ihr Landtagsabgeordneter im Dresdner Osten

Liebe Leser,

die letzte Doppelsitzung des Sächsischen Landtages vor der sitzungsfreien Sommerpause und einige ereignisreiche Wochen liegen hinter uns. Gut die Hälfte der Legislaturperiode haben wir gemeistert und viele Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Die **Halbzeitbilanz** der Koalition kann sich sehen lassen. Einen Überblick hat die **CDU-Landtagsfraktion auf einer Homepage** zusammengestellt. Eine Broschüre können Sie in meinem Wahlkreisbüro oder bei gemeinsamen Terminen bei mir erhalten. Gerade im Bereich der Inneren Sicherheit mit der Änderung des Polizeigesetzes haben wir uns noch einige wichtige Projekte vorgenommen. Im aktuellen **Sachsenbrief** sind unsere Positionen zur Stärkung der Polizei ausgeführt und unsere Vorhaben bis 2019 zu Papier gebracht. In dieser Ausgabe habe ich mich zur Leitkultur-Debatte geäußert.



Beitrag aus dem aktuellen Sachsenbrief:

Deutschland ist kein Land multikultureller Beliebigkeiten

Da ist sie wieder: die Leitkultur-Debatte! Bei Linken verpönt, von Konservativen ersehnt. In der Ausgabe vom 30. April der „BILD am Sonntag“ hat sie Bundesinnenminister Thomas de Maizière wieder angestoßen. Einige Dinge seien klar und unstrittig. „Wir achten die Grundrechte und das Grundgesetz. Über allem steht die Wahrung der Menschenwürde. Wir sind ein demokratischer Rechtsstaat. Wir sprechen dieselbe Sprache,

Weitere Themen dieser Ausgabe:

- 7. Wirtschaftsgespräch mit Kultusministerin Brunhild Kurth
- Große Fraktionsvorsitzenden-Konferenz fasst umfassende Beschlüsse
- Bildung in Sachsen - Diskussionen beim Stadtschülerrat und im Gymnasium Bühlau
- Meinung: Allgemeine Dienstpflicht

Aus dem Landtag

- Erfolgreiche Wismut-Sanierung fortsetzen
- Beamte erhalten höhere Bezüge und Lehrer jede Überstunde vergütet
- Industriekulturelles Erbe in Sachsen stärken
- Neue Bund-Länder-Finanzbeziehungen – sächsische Gestaltungsfreiheit gesichert!
- Wahl der Mitglieder des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes
- Debatte: „Luther heute - Kennen und leben christlicher Werte in unserer Zeit“
- Landtag ermöglicht Ausreisegewahrsam
- Berufsakademien weiterentwickeln
- Unser Herz schlägt für Europa – sächsische Europapolitik in Zeiten wegweisender Entscheidungen
- Sächsischen Mittelstands unterstützen!

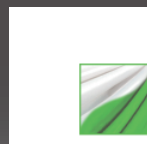
unsere Amtssprache ist deutsch“, schrieb der CDU-Politiker aus Meißen. Und stellte dann die Frage: Reicht das?

Thomas de Maizière fand, dass wir mehr bräuchten als diesen sogenannten Verfassungspatriotismus. Er warb für eine Leitkultur. Die sollte als Richtschnur verstanden werden. Und de Maizière formulierte

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

I 01259 Dresden
I Fax: 0351 - 451 031 55 20
I christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

dazu zehn Thesen. „Wir legen Wert auf einige soziale Gewohnheiten“, erklärt er in der ersten. Sie seien Ausdruck einer bestimmten Haltung. Konkret: „Wir sagen unseren Namen. Wir geben uns zur Begrüßung die Hand“, so de Maizière.

Wir zeigen Gesicht! Bei Demonstrationen gilt das Vermummungsverbot. Es sei ein Ausdruck unseres Miteinanders und ganz normal in unserem Alltag. Denn es ist für uns wichtig, ob wir in ein freundliches oder ein trauriges Gesicht blicken. „Wir sind eine offene Gesellschaft. Wir sind nicht Burka.“

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Christian Piwarz, sagt dazu: „Wir diskutieren ja nicht zum ersten Mal über Leitkultur. Linksgrüne Kreise haben das über Jahre belächelt und verteufelt. Es ist gut, dass wir jetzt in diesen Zeiten und angesichts der zu bewältigenden Flüchtlingsprobleme unvoreingenommener über Leitkultur in Deutschland diskutieren können.“

Deutschland ist ein Land, das auf Werten, Tradition und Geschichte aufbaut, erklärt Piwarz. „Es ist gut, dass wir uns dessen immer wieder bewusst werden.“ Denn in einer Welt, die sich scheinbar immer schneller ändert, braucht es Orientierung. „Es ist wichtig, sich zu vergewissern, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält!“

Der CDU-Politiker betont: „Deutschland ist kein Land multikultureller Beliebigkeit. Wenn wir offen gegenüber anderen Kulturen sein wollen, geht das nur, wenn wir uns unserer eigenen Kultur bewusst sind. Denn nur, wenn wir selbst wissen, wer wir sind, wofür wir stehen und was unsere Werte sind, können wir andere Menschen davon überzeugen. Nur dann kann Integration wirklich gelingen.“ ■

7. Wirtschaftsgespräch mit Kultusministerin Kurth



Das 7. Wirtschaftsgespräch widmete sich der Frage: „Zwischen Theorie und Praxis - Bereitet die Schule auf die Arbeitswelt vor?“ Gemeinsam mit meiner Land-

tagskollegin Aline Fiedler durfte ich diesmal als Gast die sächsische Staatsministerin für Kultus, Brunhild Kurth in der Glöckner Autowelt begrüßen.

Nach einem kurzen Impuls forderte die Ministerin gleich zu mehreren Punkten die Meinung und Erfahrung der Unternehmer ein: Wie umfangreich und wie tiefgründig sollten MINT-Fächer, Sport, Musik und Kunst unterrichtet werden? Nach den Erfahrungen aus den politisch indoktrinierten Bildungsinhalten zu DDR-Zeiten wurden die Gesellschaftswissenschaften bisher den Naturwissenschaften hintenangestellt. Zukünftig soll wieder mehr politische Bildung in der Schule stattfinden. Sachsens Schüler haben aber bereits die meisten Stunden aller Bundesländer. Abiturienten haben beispielsweise am Ende ihrer Schulzeit 1000 Stunden mehr Unterricht erhalten. Daher müssen Stundentafeln und Lehrpläne entschlackt und an die digitale Welt angepasst werden. Hier stellt sich auch die Frage, Informatik ab Klasse 5 und wie viel? Oder schaffen wir es diese wichtigen Grundkenntnisse integrativ zu behandeln?

Angeregt diskutierten die Unternehmer mit der Kultusministerin darüber, was junge Menschen



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

heute wirklich lernen sollten; wie wir den „Studierwahn“ eingrenzen oder wie wichtig auch in Zukunft Schreibroutine und Rechtschreibung sind. Robotron Geschäftsführer, Ulf Heinemann, sprach die Schwierigkeiten beim Arbeitsplatzwechsel seiner Mitarbeiter mit Kindern an. Im Ergebnis der Diskussion waren sich alle einig: so wünschenswert ein einheitliches Bildungssystem sei, nicht um den Preis der hohen sächsischen Schulbildung. Auch zu den Grundlinien unserer sächsischen Bildungspolitik gab es einhellige Zustimmung: ein gegliedertes, leistungsorientiertes Schulsystem, Abitur nach acht Jahren und neben dem Bildungs- auch einen Erziehungsauftrag der Schulen, der Eltern aber nicht aus ihrer Verantwortung entlässt.

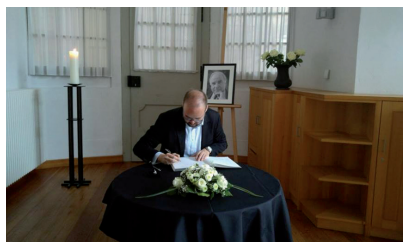
Was Schule leisten muss und kann, das hängt vor allem an gut ausgebildeten Lehrern. Zu den aktuellen Schwierigkeiten der Unterrichtsabdeckung beschönigte die Ministerin nichts. 2008-2010 sind zu wenig Lehrer in bestimmten Schularten und -fächern ausgebildet worden. Außerdem habe der Wechsel vom Staatsexamen auf das Bachelor-Master-System Studenten gekostet. Diese könne man sich nun nicht backen. Besonders erschwerend kommt hinzu, dass die jetzt neu eingestellten Lehrer fast alle Teilzeit arbeiten. Dadurch benötigt Sachsen noch viel mehr Lehrer als ursprünglich berechnet.

Unternehmer lamentieren nicht, sondern lösen Probleme. So verlief auch die Diskussion erfrischend klar und lösungsorientiert. Ein sehr gelungener Austausch, aus dem nicht nur die Ministerin sehr konkrete Anregungen und Ideen für die weitere politische Arbeit mitnehmen konnte. ■

Neues aus dem Landtag - Juni 2017

Gedenken an Altkanzler Helmut Kohl

Mit einer Schweigeminute gedachten die Parlamentarier dem verstorbenen Altbundeskanzler Helmut Kohl. Unvergessen ist gerade in Sachsen



seine Rede vor der Dresdner Frauenkirche 1989 mit den entscheidenden Worten zur Einheit unseres Vaterlandes: „Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zulässt – die Einheit unserer Nation.“ Mit Helmut Kohl verliert die Unions-Familie den Vater der Einheit und einen großen Europäer. In Trauer und tiefer Dankbarkeit für seine Lebensleistung war es mir wie meinen Fraktionskollegen ein besonders Bedürfnis und eine Ehre einige ganz persönliche Zeilen in das Kondolenzbuch in der Frauenkirche zu schreiben.

Erfolgreiche Wismut-Sanierung fortsetzen

„15 Jahre Sanierung sächsischer Wismut-Standorte: erfolgreiche Arbeit auch in Zukunft fortsetzen“, so lautete der Titel der ersten aktuellen Debatte am Mittwoch. „Wenn wir uns heute die ehemaligen Bergbau-Landschaften in Sachsen anschauen, kann man von blühenden Landschaften sprechen. Man muss heute zweimal hinschauen, um zu sehen, wo früher Bergbau war. Die Sanierung der Wismut war in den vergangenen 15 Jahren erfolgreich und muss über das Jahr 2022 hinausgehen.“, mahnte der wirtschaftspolitische Sprecher, Frank Heidan, in der Debatte.

Seit 2002 werden die Altstandorte der ehemaligen Uran-Bergbaureviere der Wismut in Sachsen saniert. Von 318 Objekten wurden 243 bis 2016 an 46 Standorten abgeschlossen. Bis Ende vorigen Jahres hat die Altlastenbeseitigung 136 Millionen Euro gekostet. Der Bund und der Freistaat Sachsen haben sich vereinbart, jeweils die Hälfte der Sanierungskosten zu tragen. Bis 2022 sind dafür insgesamt 216 Millionen Euro kalkuliert.

Der CDU-Abgeordnete Alexander Krauß fordert die Fortsetzung des Engagements, denn „die Kostenschätzung für das laufende Abkommen wurde 2006 gemacht. Seitdem haben sich die Preise aber deutlich erhöht.“ Um alle Wismut-Altstandorte umweltverträglich im Sinne der Nachnutzung zu sanieren, bedarf es einer langfristigen Sicherstellung des Finanzierungsabkommen zwischen Bund und Freistaat über das Jahr 2022 hinaus. Bereits heute nutzen die CDU-Fraktion sowie die Landesregierung alle Möglichkeiten darauf hinzuwirken.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

I 01259 Dresden
I Fax: 0351 - 451 031 55 20
I christian.piwarz@slt-sachsen.de



Beamte erhalten höhere Bezüge

Bereits im Februar durften sich die Angestellten des Freistaats über die Tarifeinigung zur Erhöhung der Tarifentgelte und damit ein Plus von 2,0 Prozent für 2017 und ein Plus von 2,35 Prozent ab 01. Januar 2018 freuen.

Im Juni verabschiedete der Sächsische Landtag den Gesetzentwurf von CDU und SPD, der die Übertragung dieser Tarifeinigung auf die Beamtenschaft im Freistaat Sachsen regelt. Mit der Gesetzesinitiative aus dem Parlament heraus, haben wir die Umsetzung erheblich beschleunigt. Bei den Verhandlungen hatte sich die CDU-Fraktion dafür eingesetzt, die Auszahlung und Anpassung der Bezüge bereits Ende Juni mit den „Julibezügen“ vorzunehmen.

Für den Doppelhaushalt heißt diese Anpassung Mehrausgaben von rund 45 Mio. Euro 2017 und 108 Mio. Euro 2018 im Vergleich zum Vorjahr.

Außerdem wurden folgende Anhebungen beschlossen:

- zum 1.1. steigen die Anwärterbezüge um 35 Euro
- Beamte mit einem monatlichen Grundgehalt von bis zu 3.200 Euro erhalten unter Berücksichtigung einer etwaigen Teilzeitquote in 2017 eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro. Versorgungsempfängern wird diese Einmalzahlung nach den jeweiligen Ruhegehalts- und Anteilssätzen gewährt.
- Ab dem 1.1.2018 erhöht sich die Endstufe für alle Beamten und Richter zusätzlich um 1,12 Prozent. Die Versorgungsbezüge werden entsprechend angehoben.
- Ab dem 1.10. 2018 erhalten Beamte ab der Besoldungsgruppe A 9, Richter und Staatsanwälte nach in der Regel fünfjähriger Wartezeit in der Endstufe einen ruhegehaltfähigen Zuschlag zu ihren Dienstbezügen in Höhe von 1,03 Prozent.

Lehrer erhalten Überstunden vergütet

Im Rahmen des „Lehrerpaketes“ wurde von der Regierung im November 2016 eine Vergütung von Mehrarbeit ab der ersten zusätzlich erteilten Unterrichtsstunde für Lehrkräfte vorgesehen. Die

Mittel sind eingestellt, die gesetzliche Grundlage zur Auszahlung fehlte noch. Die Koalitionsfraktionen haben auch diese Gesetzesänderung eingebracht und das Gesetzgebungsverfahren vor den Sommerferien beendet. Die gesetzliche Regelung sieht vor, dass Lehrkräften im Schuldienst im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Kultus bei angeordneter oder genehmigter Mehrarbeit für Unterrichtstätigkeit im gesamten Umfang der geleisteten Mehrarbeit statt Dienstbefreiung eine Mehrarbeitsvergütung zu zahlen ist. Die Erstattung ab der 1. Überstunde erfolgt rückwirkend ab dem 01. Januar 2017. Die Neuregelung ist auf vier Jahre befristet und muss nun durch eine Verordnung des Sächsischen Finanzministeriums zügig umgesetzt werden.

Industriekulturelles Erbe in Sachsen stärken

Sachsen gilt als die Wiege der Industrialisierung in Deutschland. Über 200 Jahre Industriekultur wollen die Koalitionsfraktionen stärker ins Bewusstsein rücken. Im gemeinsamen Antrag fordern wir daher die Staatsregierung auf, eine Bestandsaufnahme zum industriekulturellen Erbe zu erstellen, um die Förderung der Industriekultur besser auszurichten. Das zu erarbeitende Konzept soll eine bessere Koordinierung und Bündelung der Maßnahmen ermöglichen, um die Förderprojekte nachhaltiger zu gestalten.

Dazu erklärte die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Aline Fiedler: „Unser Land besitzt ein vielfältiges und einmaliges Erbe der Industriekultur. Dank der vielen haupt- und ehrenamtlichen Unterstützern ist dies heute präsent und lebendig. Mit diesem Antrag rücken wir das Thema stärker in den Fokus der kulturpolitischen Debatte. Dabei sind für mich Weiterentwicklung und Nachhaltigkeit wichtig! Wir brauchen nicht nur eine historische Betrachtung, sondern wir müssen ebenso eine Verbindung zum Heute herstellen und Brücken in die Zukunft schlagen.“

Neue Bund-Länder-Finanzbeziehungen – sächsische Gestaltungsfreiheit gesichert!

In der aktuellen Debatte „Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ haben die Koalitionsfraktionen ein entscheidendes Zukunftsthema für

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Sachsen auf die Agenda gehoben. Am 02. Juni hat der Bundestag die Finanzbeziehungen komplett neu geregelt. Das Verhandlungsergebnis zwischen den 16 Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin wurde dabei in den zentralen Punkten übernommen. Die CDU-Fraktion hatte auf eine Verabschiedung vor der Bundestagswahl gedrängt, um die nötige Rechtssicherheit herzustellen.

Sachsen kann mit dem Ergebnis höchst zufrieden sein. „Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen garantiert den Erhalt unserer Gestaltungsfreiheit ab dem Jahr 2020. Möglich wurde dies, weil Ministerpräsident Stanislaw Tillich bei den Verhandlungen das Ergebnis gegenüber dem Vorschlag der Bundesregierung deutlich steigern konnte!“, würdigte Jens Michel, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion das Verhandlungsergebnis. Er betonte weiterhin, dass zukünftig keine Sonderlösung für die ostdeutschen Länder mehr notwendig sei. Die befürchtete Zäsur im sächsischen Haushalt ab 2020 mit dem Wegfall des Solidarpaktes II wurde abgewendet. Dieses Gesetz legt den Grundstein für eine weiterhin positive und dynamische Entwicklung des Freistaates Sachsens in der Zukunft.

Der Bund zahlt zukünftig deutlich mehr an die Länder, dafür erhält der Bund mehr Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten:

- Ein Erhebungs- und Akteneinsichtsrecht für den Bund bei Finanzhilfen sowie ein allgemeines Weisungsrecht in der Steuerverwaltung.
- Die Kompetenzen des Bundesrechnungshofes gegenüber den Bundesländern werden ausgeweitet.
- Bei Maßnahmen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur wird eine Privatisierung ausgeschlossen.
- Die Schulbauhausförderung wird bis 2022 verlängert. Die Festlegung der Auswahl der förderfähigen Kommunen geschieht dabei im Einvernehmen mit dem Bund. Dadurch wird die unterdurchschnittliche Finanzkraft von Kommunen besser ausgeglichen.

Die sorbische Sprache und Kultur weiter konsequent fördern!

Ein ganz besonderes Anliegen ist der CDU von jeher die Pflege und Weitergabe der sorbischen

Bräuche und der sorbischen Sprache. Wir haben daher einen gemeinsamen Antrag im Landtag verabschiedet, der die Staatsregierung beauftragt, eine Ist-Analyse der bisher durchgeführten Maßnahmen und Projekte zur Förderung der sorbischen Sprache und Kultur zu erstellen. Der Bautzener Landtagsabgeordnete Marko Schiemann fordert: „Wir brauchen neue Impulse zum Erhalt der sorbischen Sprache. Der dazu notwendige Lehrbedarf an den Schulen muss sichergestellt werden.“ Außerdem soll die Fortschreibung des 2012 verabschiedeten Maßnahmenplanes im Austausch mit den sorbischen Verbänden und Interessensvertretern weiter abgesichert werden. ■

CDU/CSU Fraktionsspitzen verabschieden umfassende Beschlüsse



Auf der diesjährigen Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU in München haben wir im Ergebnis gleich zwei umfangreiche Beschlüsse gefasst. Zum einen das Papier „Der Sicherheit verpflichtet – Für eine erfolgreiche Sicherheitspolitik statt unverantwortlicher Blockadehaltung“. Wir werden weiterhin alles technisch und rechtlich Mögliche tun, um die Sicherheit der Bevölkerung bestmöglich zu gewährleisten und um Angriffe gegen unsere Bürgerinnen und Bürger sowie gegen

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu unterbinden. Die zahlreichen konkreten Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitsbehörden waren im Kreis der CDU und CSU Landtags- und Bundestagsspitzen unstrittig.

Zum anderen haben wir in der Entschließung „**Die wirtschaftliche Zukunft in Deutschland sichern**“ klare Positionen formuliert: beispielsweise eine Steuerentlastung in Höhe von 15 Mrd. Euro; wie bürokratische Investitionshemmnisse abgebaut werden sollen oder der Mittelstand auf dem Weg in die digitale Zukunft unterstützt werden kann.

Im Rahmen der guten und offenen Diskussionen habe ich mich unter anderem erneut für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ausgesprochen. ■



Wir brauchen eine Debatte zur allgemeine Dienstpflicht!

In der Union wird in den letzten Wochen wieder intensiver über die Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht diskutiert. In einem Interview in der Freien Presse Chemnitz (erschieden am 12. Mai) habe ich mich dazu geäußert.

Die Aufhebung der Wehrpflicht hat dazu geführt, dass nicht nur die Verknüpfung zwischen Gesellschaft und Bundeswehr, sondern auch die Rekrutierungsfähigkeit nachgelassen hat. Wir müssen generell über die Sicherheitsarchitektur in unserem Land diskutieren und dürfen dabei die äußere Sicherheit nicht außer acht lassen. Es geht dabei auch um die Wehrfähigkeit unseres Landes. Die Personalstärke der Bundeswehr ist gering und die Aufwuchsmöglichkeiten begrenzt. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an die Bundeswehr, sowohl im militärischen Bereich als auch für die Katastrophenhilfe. Mir geht es in der Debatte nicht um die bloße Wiedereinführung der Wehrpflicht. Ich präferiere eine allgemeine Dienstpflicht, idealerweise nach dem Schulabschluss, die neben der Wehrpflicht unter anderem auch den sozialen Bereich betrifft und für Männer und Frauen gleichermaßen gelten soll. ■

Podiumsdiskussionen zur Bildungspolitik – mit Schülern im Gespräch

Gleich zweimal wurde ich im Mai zum Thema „Bildung in Sachsen“ eingeladen, Dresdner Schülern Rede und Antwort zu stehen. Auf der **Podiumsdiskussion des Stadtschülerrates Dresden** unter dem Titel „Bildungschance Sachsen? Das bringt das neue Schulgesetz für Dresden.“ ging es neben gesetzlichen Neuerungen um die Möglichkeiten der Schülermitwirkung, Schulsozialarbeit und Lehrplaninhalte.

Die kritische Nachfrage einer Schülervertreterin, „Wie konnte es zum jetzigen Lehrermangel kommen? Die Kinder waren ja nicht plötzlich da“, gab mir die Gelegenheit die Gründe und die seit 2012 eingeleiteten Maßnahmen zu erklären. Fakt ist: in den 90er Jahren haben wir mit den Lehrgewerkschaften eine sozial richtige Vereinbarung getroffen und trotz einbrechender Schülerzahlen keine Lehrer entlassen. Im Ergebnis hat dies zu einer Überalterung in den Lehrerzimmern und dem jetzt so schwer zu meisternden Generationenwechsel geführt. Seit einiger Zeit haben zudem alle Bundesländer erheblichen Lehrerberuf. Fakt ist aber auch: wir haben in Sachsen zu spät die steigenden Schülerzahlen einberechnet und bei Einstellung und Ausbildung umgesteuert. Deutlich wurde mir einmal mehr, dass wir mit den Mythen aufräumen müssen, die zu den finanziellen Konditionen und konkreten Rahmenbedingungen des Lehrerberufs in Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern verbreitet sind.



Den Fragen der Schüler stellten sich im Dresdner Rathaus auch ihr Landesvorsitzender, Friederich Roderfeld, Carola Nacke für den Kreiselternrat Dresden und Gunther Reinsch von der Sächsischen Bildungsagentur.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Der Schülerrat des **Gymnasiums Bühlau** ließ die Schüler in diesem Jahr demokratisch Fragen wählen. So begründete ich in der Aula des Gymnasiums zuerst, warum ich persönlich und die CDU Sachsen ein „Längeres gemeinsames Lernen“ ablehnen. Wir halten an einem leistungsorientierten Bildungssystem fest, das jeden Schüler individuell in einer möglichst leistungshomogenen Gruppe beschult. Jedes Kind ist unterschiedlich und dem sollten auch die Bildungsangebote entsprechen. Die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE, Cornelia Falken offenbarte in ihrem Redebeitrag einmal mehr den ideologischen Unterschied: „es kommt auf die viel wichtigere Ausbildung sozialer Kompetenzen durch das miteinander Teilen von Stärken und Schwächen an.“ Das sahen die Schüler eher kritisch und fragten, wie dann das Niveau des sächsischen Abiturs gehalten werden könne. Weniger kontrovers diskutierten wir die Fragen Digitaler Bildung und Lehrplaninhalte. Für mich bleibt die zentrale Aufgabe der Schule eine allgemeine Wissens- und Kompetenzvermittlung, wie analytisch unterschiedlichste Probleme zu bearbeiten sind und nicht die allgemeine Lebensertüchtigung. Letzteres ist primär Aufgabe der Eltern. ■



Neues aus dem Landtag - Mai 2017

Wahl der Mitglieder des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes

Die Mitglieder des Sächsischen Landtages haben vier Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen gewählt: Nach der 9-jährigen Amtszeit wurde Dr. Jürgen Rühmann, Präsident des Sächsischen Finanzgerichtes als Vizepräsident

ebenso wiedergewählt wie die Vorsitzende Richterin am Landgericht, Simone Herberger. Ebenfalls auf Vorschlag der Staatsregierung überwacht zukünftig Herr Prof. Dr. Markus Jäger als Vertreter der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes die Einhaltung unserer Sächsischen Verfassung.

Das Präsidium des Sächsischen Landtages schlug den Dekan der Juristischen Fakultät an der Technischen Universität Dresden, Herrn Prof. Dr. Arnd Uhle, als nichtberufsrichterliches Mitglied vor. Mit der Mehrheit aller Stimmen haben die Abgeordneten alle vier Vorschläge unterstützt.

Debatte: „Dem Volk aufs Maul schauen“ – Luther heute – Kennen und leben christlicher Werte in unserer Zeit“

Das Lutherjahr und der bevorstehende Deutsche Evangelische Kirchentag, der gleichzeitig mit regionalen Kirchentagen in Leipzig und Torgau vom 24. Mai bis 28. Mai 2017 stattfand, waren Anlass für eine grundsätzliche Wertedebatte im Sächsischen Landtag. Die CDU-Fraktion bekennt sich mit der Mehrheit der Bürger in unserem Land zu den auf christlichen Werten fußenden Wurzeln unserer Kultur und unserer Gesellschaft. Deshalb ist auch im Sächsischen Landtag eine Debatte darüber wichtig und von der CDU mit initiiert worden.

Die Botschaft Martin Luthers vom Leben christlicher Werte hat nichts an seiner Bedeutung verloren, betonte Martin Modschiedler, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Ihm ging es auch darum, den Menschen aufs Maul zu schauen. Damit meinte er nicht, ihnen nach dem Munde zu reden, sondern auf Augenhöhe zu begegnen und ihnen die Lehre Jesus Christus in ihren Worten zugänglich zu machen. [...] Unser demokratischer Staat fußt mit seinen freiheitlichen Werten auf der christlichen Tradition. Ein guter Zeitpunkt sich zu besinnen. Wir sollten uns hinterfragen, wie wir leben wollen. – In Respekt, Toleranz und auf Augenhöhe.“

Die Kirchentage bieten eine besondere Gelegenheit, eine Vielzahl gesellschaftlicher und politischer Themen in einer breiten öffentlichen Debatte zu beleuchten. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Meinung und Religion kommen miteinander ins

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

I 01259 Dresden
I Fax: 0351 - 451 031 55 20
I christian.piwarz@slt-sachsen.de



Gespräch - auch zu kontroversen Themen. Dies stiftet Gemeinschaft, weit über die christlichen Kreise hinaus. Uns war es aber auch wichtig herauszustellen, wie Kirchen und ihre Gemeinden auch außerhalb dieses medial beachteten Großereignisses in unserer Gesellschaft tagtäglich wirken.

Landtag schafft Voraussetzung für Ausreisegewahrsam

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Sächsische Landtag eine Übergangsregelung verabschiedet, um abgelehnte Asylbewerber notfalls vor der Ausreise in Gewahrsam zu nehmen. Mit dem neuen Gesetz zum Vollzug des Ausreisegewahrsams ist eine landesrechtliche Grundlage beschlossen, die auf die Vorschriften des Strafvollzugsgesetzes verweist.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Hartmann, wies darauf hin, dass Deutschland eines der liberalsten und weitestgehenden Asylgesetze der Welt habe. „Mit dem jetzt beschlossenen Vollzugsgesetz geht es nicht darum, Menschen schlecht zu behandeln. Vielmehr ist es die Ultima Ratio, wenn alle anderen Maßnahmen zum Ausreisenvollzug gescheitert sind. Der Staat muss auch hier handlungsfähig bleiben, wenn sich Menschen einer Ausreise widersetzen, nach dem alle anderen milderen Mittel wie Meldeauflagen oder Wohnsitzbeschränkungen nicht funktioniert haben.“

Für die CDU ist es eine unverrückbare Position und elementarer Bestandteil unserer Politik: Wer keinen Anspruch auf Asyl hat, muss unser Land wieder verlassen. Das ist für uns die zweite Seite der Medaille einer klaren und stringenten Asylpolitik.“

Das Sächsische Ausreisegewahrsamsvollzugsgesetz ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Es soll zeitnah durch ein Vollgesetz, das zusätzliche Regelungen zur Abschiebehaft enthält, abgelöst werden. CDU und SPD haben damit in Sachsen die Umsetzung der Bundesregelung ermöglicht, wonach der Ausreisegewahrsam im Transitbereich eines Flughafens oder in einer Unterkunft vollzogen werden kann. Damit ist Sachsen das zweite Bundesland, das eine entsprechende Regelung in Kraft setzt.

Berufsakademien weiterentwickeln

Ein weiterer Baustein zur Verbesserung der sächsischen Bildungslandschaft wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossen: das neue Berufsakademiegesetz. In unserem Antrag sind viele Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Weiterentwicklung der sächsischen Berufsakademien (BA) aufgenommen. Unser Ziel ist es, die BA für junge Menschen als attraktiven Anbieter dualer Studiengänge weiterhin wettbewerbsfähig zu positionieren.

Um die Selbständigkeit der Arbeitseinrichtungen zu stärken, fungiert zukünftig die Direktorenkonferenz als das zentrale Leitungsorgan der BA, die mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet wurde. Auf der anderen Seite ermöglichen die Gesetzesänderungen eine Zentralisierung akademieübergreifender Aufgaben. Die sieben selbständigen Studienakademien werden dafür zu einer Berufsakademie zusammengefasst. Als Sitz der BA wurde Glauchau ausgewählt.

CDU-Hochschulpolitikerin Aline Fiedler sieht dies als wichtigen Schritt, die Erfolgsgeschichte der sächsischen Berufsakademie fortzuschreiben: „Wir stärken die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung – und damit das Duale Studium in Sachsen insgesamt. Unsere BA's sind unverzichtbar, wenn es um die Gewinnung und Ausbildung des Nachwuchses für die sächsische Wirtschaft geht. Ihre Erfolgsfaktoren sind die klare Ausrichtung am Bedarf, insbesondere der kleinen und mittelständischen Betriebe in Sachsen, die enge Verankerung in der Region und ihre schlanke Organisationsstruktur. Die Vermittlungsquote der Absolventen von über 90 Prozent unterstreicht dies eindrucksvoll.“



Im Rahmen der Vor-Ort-Aktion des CDU-Fraktionsvorstandes ging es am 11. Mai in der Staatlichen Studienakademie Plauen um die duale Ausbildung zur Nachwuchskräftegewinnung für den Mittelstand.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Stallpflicht für Geflügel optimieren

Am 14. November 2016 wurde durch die Landesdirektion Sachsen an alle Halter von Geflügel und in Gefangenschaft gehaltene Vögel anderer Arten im Freistaat Sachsen zum Schutz gegen die Geflügelpest eine Stallpflicht angeordnet. In einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD wird die Staatsregierung zur Vorlage eines Berichtes über die Umsetzung der Anordnung beauftragt. Ziel des Antrags ist es außerdem eine Verbesserung für Geflügelhalter im Rahmen einer zukünftigen tierseuchenrechtlichen Allgemeinverfügung zu ermöglichen.

Die Aufstallung stellt für die Tiere eine Störung ihres gewohnten Ablaufs dar, der Stress hervorrufen kann. Diese veränderte Situation stellt auch die Betreuung vor neue Herausforderungen, um Aggressivität, Federpicken und Kannibalismus in der Herde zu verhindern.

Nach Aufhebung der Stallpflicht im März 2017 erscheint eine Auswertung und Diskussion über die Aufstallung notwendig. Unter Abwägung tierseuchenrechtlicher Aspekte sollten bei zukünftigen Maßnahmen die Aspekte der Kleintierzüchter, wie aber auch regionale Besonderheiten stärker berücksichtigt werden.

Wachstum des sächsischen Mittelstands unterstützen!

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktion hat der Landtag einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, der darauf abzielt, die Förderprogramme für die neuen Bundesländern so zu konzipieren, dass der ins Stocken geratene wirtschaftliche Aufholprozess der neuen Länder wieder an Dynamik gewinnt. Damit dies gelingt, muss die regionale Wirtschaftsförderung in Deutschland, auf Basis des Analysegutachtens von der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen aus Münster, weiterentwickelt werden, um Prognosezahlen und Handlungsbedarfe, insbesondere für die strukturschwachen Räume, herauszufinden.

Die Staatsregierung hat in einem ersten Schritt bereits reagiert. Mit der Neuausrichtung der GRW-Richtlinie sind neue Investitionsanreize für Unter-

nehmen gesetzt, die eine überdurchschnittliche Exportquote oder hohe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung haben.

Neben dem weiteren Abbau von Bürokratie, sieht der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Heidan, vor allem Bedarfe bei Forschung und Entwicklung: „Sachsens Firmen sind trotz ihrer noch geringen Unternehmensgröße sehr innovativ und versuchen, sich durch neue Produkte oder Technologien am Markt zu behaupten. Hier braucht es in den kommenden Jahren mehr Unterstützung, um diese Prozesse zu beschleunigen. Dafür haben wir eine gute Ausgangsbasis: In den letzten Jahren haben wir in eine leistungsfähige universitäre und außeruniversitäre Forschungslandschaft investiert – und werden dies kontinuierlich fortsetzen. So fördern wir beispielsweise außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit 7 Millionen Euro im laufenden Doppelhaushalt.“, so Heidan.

Weiterhin muss die sächsische Infrastruktur, wie der Ausbau der Breitbandverbindungen und die Energiewende, verbessert und der demografische Wandel sowie die Abwanderung verhindert werden. Nur mit einer wachsenden und gesunden Wirtschaft ist dieser Wandel möglich.

Stärkung der grenzüberschreitenden nachbarsprachigen Bildung

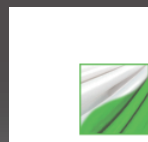
Nachbarsprachige Bildung zwischen Sachsen, Polen und Tschechien kommen nur selten über den Projektcharakter hinaus. Mit einem Antrag zielen die Koalitionsfraktionen auf die Stärkung der Sprachausbildung in Polnisch und Tschechisch und einer Verstärkung der erfolgreichen pädagogischen Ansätze.

Dafür sollen in Sachsen zukünftig mehr Maßnahmen zur Imagesteigerung der Nachbarsprachen eingeleitet werden. Es braucht ein schlüssiges Konzept für gleitende Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen. Allein in Ost- und Südsachsen gibt es mittlerweile rund 70 Kitas, in denen Kinder schon ab drei Jahren spielerisch bilingual aufwachsen. Auch in Schulen in den Grenzregionen wird Polnisch und Tschechisch angeboten. Mit entsprechend ausgebildeten Pädagogen ist dies wei-

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

I 01259 Dresden
I Fax: 0351 - 451 031 55 20
I christian.piwarz@slt-sachsen.de

**CDU**

DIE SÄCHSISCHE UNION

ter abzusichern. So sollen auch fachlich geeignete polnische bzw. tschechische Muttersprachler in sächsischen Bildungseinrichtungen unkompliziert zum Einsatz kommen.

Warum ist uns das wichtig? Interkulturelle Erziehung kann die Grundlage für ein tolerantes, friedvolles Zusammenleben mit unseren Nachbarn bilden. Wer sich versteht und kennt, kann Vorurteile abbauen und gemeinsam für die Region Ideen entwickeln. Unsere Nachbarn lernen eher Deutsch, als umgekehrt. Wichtige Entwicklungspotenziale für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt – insbesondere für den Mittelstand – bleiben dadurch bisher ungenutzt. Sprache ist der Schlüssel, um dieses grenzübergreifendes Potenzial zu erschließen.

Unser Herz schlägt für Europa – sächsische Europapolitik in Zeiten wegweisender Entscheidungen

Am 22. Mai ist Europatag. Die Europawoche bietet den Bürgern zahlreiche Veranstaltungen sich mit der Europäischen Union und ihren drängenden Zukunftsfragen zu befassen. Unter dem bezeichnenden Titel „Unser Herz schlägt für Europa“ befasste sich das Plenum auf Antrag der Koalitionsfraktionen ebenfalls mit diesem für Sachsen wichtigen Thema:

Bisher hat Sachsen eine erfolgreiche Europapolitik betrieben, die maßgeblich zu wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung beigetragen hat. In den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft, Soziales und Ländlicher Raum sind viele Projekte nur durch europäische Fördermittel möglich. Dabei hat Sachsen seine Interessen sehr erfolgreich vertreten können. Bei aller berechtigter Kritik an der Europäischen Union überwiegen auch für Sachsen die positiven Effekte.

In der Debatte forderte der europapolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Marko Schiemann: mehr Leidenschaft in der Debatte für ein zukunftsfestes Europa ein. „Die Europäische Union ist unser Garant für Frieden. Freiheit und Demokratie sind nur durch Sicherheit und mehr Gerechtigkeit erreichbar. Die Europäische Union muss Antworten auf die brennenden Fragen der Bürger finden.“

Die CDU-Fraktion will den grenzüberschreitenden Dialog und das gegenseitige Kennenlernen in den Schulen stärker unterstützen. Nachhaltige Vertretung sächsischer Interessen sowohl im Diskurs um die Zukunft Europas als auch beim zukünftigen EU-Haushalt nach 2020.

Das Engagement für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Europäischen Investitions- und Strukturfonds im neuen EU-Haushalt nach 2020, muss noch stärker abgesichert werden. Die CDU-Fraktion wird dafür die Gespräche des Europaausschusses mit den Staatsministerien zu diesen europapolitischen Schwerpunkten vertiefen. ■

Nachbarschaftliche Zusammenarbeit ganz anderer Art war eines der Themen der **Vor-Ort-Aktion** der CDU-Landtagsfraktion im Juni: Im Revier der Bundespolizei in Altenberg-Zinnwald ging es um die aktuelle Gefahren- und Kriminalitätslage, aber auch die Zusammenarbeit mit der Landespolizei und die aktuelle Bearbeitung des Polizeigesetzes in Sachsen.



Termine meiner Bürgersprechstunden:

08.08.2017, 16-18 Uhr

Ortsamt Prohlis, Bürgersaal
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden

24.08.2017, 16-18 Uhr

Ortsamt Loschwitz
Grundstraße 3, 01326 Dresden

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION